



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gut Essen in Bayern IV: Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen. Ein Maßnahmenpaket für Bayern.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weitere wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Lebensmittelverschwendung in Bayern und auf Bundesebene zu initiieren und zu unterstützen.

Insbesondere soll die Staatsregierung

- sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat für ein verbindliches Lebensmittel-Wegwerf-Verbot nach dem Vorbild der französischen Regelungen einsetzen, wonach Handelsketten verpflichtet sind, nicht verkaufte, aber noch verwendbare Lebensmittel an soziale Einrichtungen oder Initiativen weiterzugeben oder alternativ über geeignete Abgabestellen bereitzustellen,
- sich bei den Regierungsfractionen für die Umsetzung der angedachten Gesetzesreform einsetzen, mit der sich der Bundestag bereits 2023 ohne Ergebnis beschäftigt hat,
- eine gezielte Förderung von digitalen Technologien, insbesondere Verfahren künstlicher Intelligenz, zur Vermeidung von Lebensmittelüberproduktion und -abfällen einrichten. Die staatlichen Kantinen sollen hierbei vorangehen.

Begründung:

In Deutschland werden jährlich rund 11 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen – eine Menge, die sowohl ökologisch als auch gesellschaftlich nicht hinnehmbar ist. Um Lebensmittelverschwendung endlich wirksam einzudämmen, braucht es gesetzliche Vorgaben und digitale Lösungen. Andere europäische Staaten gehen hier voran: in Frankreich sind Handelsketten verpflichtet, überschüssige Lebensmittel weiterzugeben, anstatt sie zu entsorgen. Diese Maßnahmen haben dort einen deutlichen Innovations Schub ausgelöst: Neue Konzepte zur Verwertung, Distribution und Verarbeitung gespendeter Lebensmittel sind entstanden, die gleichzeitig soziale Einrichtungen stärken und die Lebensmittelverschwendung wirksam reduzieren. Ein solches Signal wird auch in Bayern dringend benötigt.

Zugleich gilt in Deutschland das sogenannte Containersystem, also das Mitnehmen entsorgter Lebensmittel aus den Müllbehältern von Supermärkten, immer noch als Diebstahl. Dadurch wird ein Verhalten kriminalisiert, das aus ökologischer und ethischer Sicht oftmals sinnvoll und verantwortungsbewusst ist. Eine Entkriminalisierung mit gleichzeitiger Klärung der Haftungsfrage ist ein notwendiger Schritt, um freiwillige Lebensmittelrettung

zu ermöglichen. Eine entsprechende Gesetzesreform wurde auf Bundesebene bereits 2023 diskutiert. Bayern soll einen neuen politischen Impuls aktiv vorantreiben und unterstützen.

Darüber hinaus bietet der technologische Fortschritt zusätzliche Möglichkeiten, Lebensmittelabfälle entlang der Wertschöpfungskette zu reduzieren. Moderne KI-Systeme können durch präzise Bedarfsprognosen Überbestellungen vermeiden, dynamische Preisgestaltungen ermöglichen und durch sensorbasierte Abfallanalysen Rezepturen und Produktionsmengen optimieren. Handel, Gastronomie und Großküchen profitieren dadurch gleichermaßen – sie sparen Kosten, reduzieren Abfall und verbessern die Verfügbarkeit frischer Waren. Diese Verfahren sollten gezielt genutzt und erprobt werden. Mit staatlichen Kantinen kann Bayern eine Vorreiterrolle einnehmen, um diese Technologien in der Praxis zu testen, Erfahrungen zu sammeln und langfristig auf weitere Einrichtungen zu übertragen.